

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 9

Artikel: Arbeitsbeschaffung durch technische Forschung
Autor: Walter, Emil Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem wir uns endlich von der Tyrannei des Zementtrusts befreien und uns fragen, ob nicht unser bester schweizerischer Baustoff, das Holz, wieder zu vermehrter Bedeutung geführt werden könnte.

Letzten Endes muß die Frage der Arbeitszeit im Baugewerbe doch einmal angepackt werden. Nirgends so sehr wie da wird Ueberzeit geschunden, ohne daß ein Hahn danach kräht; ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit ist auf diese Ueberzeitschinderei zurückzuführen. Nirgends wie hier ist aber eine Ermäßigung der Arbeitszeit möglich. Die Mehrkosten müssen gar nicht durch einen Lohnausgleich allein eingebracht werden. Wenn es gelingt, bei den Baukosten den Anteil des Trustkapitals zurückzubinden, wenn in den Baukosten die Risikoprämien, die sich heute alle Handwerker-genossenschaften schon vorher zuschanzen lassen, die aber auch von den Banken genommen werden, weggelassen werden können, dann wird ein wesentlicher Teil der Mehrkosten, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden im Tag erwachsen werden, auszugleichen sein; ein anderer Teil könnte dann von den Arbeitern selbst als Solidaritätsbeitrag anerkannt werden. Darüber müßte man mit den Gewerkschaften unterhandeln. Sie werden mit sich reden lassen, sobald sie einsehen, daß man die Lösung nicht immer auf der Seite des geringsten Widerstandes und der bequemsten Parolen sucht, sondern daß man sich ehrlich müht, ein Problem ganz durchzudenken, auch wenn es Mühe kostet, und Lösungen vorzuschlagen, die alle Seiten umfassen.

Arbeitsbeschaffung durch technische Forschung

Von Emil J. Walter

Die Strukturkrise der schweizerischen Volkswirtschaft dauert an. Zwar wurde die soeben aufgelegte Anleihe des Bundes überzeichnet, so daß der Bundesrat den Anleihenbetrag erhöhen konnte. Aber der Rückgang der Einnahmen der Schweizerischen Bundesbahnen hat auch in den ersten Monaten dieses Jahres angehalten, so daß trotz dem bereits durchgeführten Lohnabbau des Personals keine wesentliche Verbesserung der Gewinn- und Verlustrechnung erreicht werden konnte. Die SBB. vermögen die Defizitperiode aus eigener Kraft nicht zu überwinden. Die Bautätigkeit stockt allgemein. Das Wirtschaftsvolumen nimmt immer noch ab. Die Einkommen der Arbeitnehmer sinken, die Kaufkraft der Konsumenten bröckelt ab, die Krise frißt sich weiter ein in den Körper der schweizerischen Volkswirtschaft.

Seit Jahren wird die Frage der *Förderung des Exportes und der Exportindustrien* diskutiert. Aber in der Schweiz reift der Entschluß zur Tat nur langsam. In einem »Hilfe für die Exportindustrie« überschriebenen Artikel haben wir im Maiheft 1935 der »Roten Revue«

zum Zwecke der Einführung neuer Industrien die »Errichtung und Erweiterung wissenschaftlicher Forschungsstellen« gefordert. Am 8. Juni 1935 reichten wir dem Gemeinderat der Stadt Zürich nachstehende Anregung ein: »Der Stadtrat wird eingeladen, durch Organe der Stadtverwaltung unter Beizug von Vertretern sachkundiger und interessierter Kreise die Frage der *Einführung neuer Industrien und der Errichtung technisch-wissenschaftlicher Forschungsinstitute zum Zwecke produktiver, langfristiger Arbeitsbeschaffung* zu prüfen, in der Meinung, daß je nach dem Ergebnis dieser Prüfung sich der Stadtrat mit den kantonalen und den eidgenössischen Behörden eventuell durch das Mittel der Behördeinitiative zur Durchführung entsprechender Maßnahmen und Ausführung baureifer Projekte in Verbindung setzen soll.« Der Gemeinderat der Stadt Zürich erklärte in seiner Sitzung vom 12. Juli die Anregung erheblich, trotzdem in der Debatte selbst mehrfach kurz-sichtige Bedenken über die faktischen Möglichkeiten der Einführung neuer Industrien durch technisch-wissenschaftliche Forschung geäußert wurden. Auch das Echo in der Oeffentlichkeit war gering.

Dennoch wurde die Anregung im Einverständnis mit dem Stadtpräsidenten von Zürich, Dr. E. Klöti, dadurch einer Realisation entgegengeführt, daß unverzüglich persönliche Besprechungen mit Vertretern der Wissenschaft, der kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie der Großindustrie aufgenommen wurden. Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. Ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit wurde allseits anerkannt, wenn auch in den Kreisen der Industrie gewisse Bedenken über die Möglichkeiten der Finanzierung geäußert wurden. Am 12. November 1935 fand auf Einladung des Stadtpräsidenten von Zürich und des Präsidenten der Physikalischen Gesellschaft Zürich eine freie Aussprache über die Frage der Errichtung technisch-wissenschaftlicher Forschungsinstitute »zum Zwecke der Einführung neuer Industrien und der Förderung des Exportes« statt. Der Präsident des Schweizerischen Schulrates, Prof. Dr. Rohn, wurde beauftragt, die erstrebten Ziele in bescheidenem Rahmen zu verfolgen durch Gründung einer »Gesellschaft zur Förderung des Institutes für technische Physik der ETH.«, nachdem ein großzügiges Projekt im Sinne der deutschen »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« und der Institute der ausländischen Großindustrie wegen der großen Ausgabensumme von mehreren Millionen Franken wohl als wünschbar und notwendig, aber zur Zeit als nicht realisierbar bezeichnet worden war.

Der vorbereitende Ausschuß trat am 21. Dezember 1935 zu einer weiteren Sitzung zusammen, an der die Gründungsmodalitäten abgeklärt wurden. Durch einen Aufruf vom 10. März 1936, der von zahlreichen prominenten Vertretern der Behörden, der Wissenschaft und der Industrie unterzeichnet wurde, lud der Präsident, Prof. Dr. Rohn, zur Gründungsversammlung vom 21. März in die Eidgenössische Technische Hochschule ein. Die Gründungsversammlung war aus allen Teilen der Schweiz stark beschickt, genehmigte provisorisch die Statuten der »Gesellschaft zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Technischen Physik an der ETH.« und wählte einen 19gliedrigen

Vorstand, dem drei Mitglieder der Bundesverwaltung sowie je ein Vertreter von Kanton und Stadt Zürich angehören.

Der Zweck der Gesellschaft wird in Artikel 1 wie folgt umschrieben: »Die Gesellschaft bezweckt durch Unterstützung von wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der technischen Physik die Weiterentwicklung der bestehenden und die Einführung neuer Industrien und Industriezweige in der Schweiz und damit die Förderung des Exportes schweizerischer Erzeugnisse. Dies geschieht in erster Linie durch moralische und finanzielle Unterstützung der Forschungsarbeiten des Institutes für technische Physik der ETH., welches für eine zweckentsprechende Zusammenarbeit mit den übrigen zuständigen Forschungsinstituten der ETH. besorgt ist. Die Gesellschaft verfolgt im weiteren die Herbeiführung einer möglichst wirkungsvollen Zusammenarbeit aller Interessen, Bestrebungen und Forschungsarbeiten der eidgenössischen, kantonalen und Gemeindebehörden, der wissenschaftlichen Anstalten und Verbände sowie der industriellen Unternehmungen auf denjenigen Gebieten der industriellen Forschung, die für die schweizerische Volkswirtschaft geeignet und erfolgversprechend sind.«

Zunächst sollen zur Erweiterung des bereits bestehenden, im Jahre 1933 gegründeten Institutes für technische Physik an der ETH. etwa 230,000 Franken aufgebracht werden, wozu außerdem zusätzliche jährliche Betriebsmittel von 265,000 Franken notwendig sind. Der Leiter des Institutes, Prof. E. Fischer, hat seinerzeit dem Forschungslaboratorium des Siemenskonzernes vorgestanden und hat in den wenigen Jahren seiner Zürcher Tätigkeit mit beschränkten Mitteln bereits wertvolle technische Forschungsarbeit geleistet. Ein Rundgang durch die Räume des Institutes vermittelte wertvolle Einblicke in dessen Tätigkeit. Es soll unter anderem das Gebiet der Elektronenröhre eingehend bearbeitet werden, ein Gebiet, dessen wirtschaftliche Bedeutung schon aus der Tatsache erhellt, daß das Weltgeschäft in Elektronenröhren den Betrag von 8 Milliarden Franken übersteigt. Es ist natürlich nicht möglich, in diesem Zusammenhang auf technische Einzelfragen einzugehen. Notwendig scheint uns aber die Weckung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die zwingende Notwendigkeit der allgemeinen und zielbewußten Förderung der technisch-wissenschaftlichen Forschung im Sinne der Unterstützung der Exportindustrie und der Einführung neuer Industrien.

Ein bescheidener Anfang ist gemacht. Es ist erfreulich, daß die Behörden der ETH. und des Bundes, wie auch die Vertreter der Industrie die städtische Anregung so entgegenkommend und eifrig unterstützt und gefördert haben. Wir sind überzeugt, daß diesem ersten Schritt noch viele weitere Schritte nachfolgen müssen, um die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe der Schweiz, die *langfristige Arbeitsbeschaffung*, zu lösen. Wir brauchen heute keine Programme, wir brauchen Projekte, wir brauchen eine aktive Wirtschaftspolitik!